FREIBERUFLER-TICKER vom 12. Dezember 2025

1. BFB trifft sich mit Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Am 8. Dezember 2025 war der BFB zu Gast im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf Einladung von Bundesministerin Karin Prien (CDU). Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die zentrale Rolle der Freien Berufe für Bildung, Teilhabe und Versorgung sowie konkrete Wege, um Gründungen und berufliche Bildung noch attraktiver zu gestalten. Berufliche Bildung stärken: Der BFB unterstrich die Bedeutung praxisnaher Ausbildungsformate und den langfristigen Erhalt von Mentoringangeboten wie das der Initiative VerAplus. Lebenslanges Lernen und Anschlussmöglichkeiten in der dualen Ausbildung müssen weiter gestärkt werden. Gründungen ermöglichen: Gerade Frauen gründen im freiberuflichen Bereich überdurchschnittlich häufig – über 55 Prozent der Gründungen in den Freien Berufen gehen von Frauen aus. Die Ministerin zeigte sich offen, betonte selbst die Grenzen weiterer Akademisierung und die Chancen, die etwa in der Entlastung durch Künstliche Intelligenz liegen – wenn die Menschen im Zentrum bleiben.

2. BIBB veröffentlicht die Ausbildungsmarktbilanz 2025

Am 10. Dezember 2025 veröffentlichte das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) die Daten zum Ausbildungsmarkt 2025. Demnach wurden im Ausbildungsjahr 2025 475.950 Ausbildungsverträge abgeschlossen, ein Rückgang von 2,1 Prozent zum Vorjahr. Die Freien Berufe verzeichnen das größte Wachstum unter den wachsenden Wirtschaftsbereichen, absolut (plus 2.200) sowie relativ (plus knapp fünf Prozent) zum Vorjahr. Die Gründe für den Rückgang in der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung sind vielfältig: wirtschaftliche Unsicherheiten und auch die Schwierigkeit, geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Dabei verringerte sich die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen um knapp 22 Prozent auf 54.400. Damit ist der Anteil der unbesetzten Stellen an allen betrieblichen Ausbildungsplatzangeboten auf 10,6 Prozent gesunken – der niedrigste Wert seit 2020 (11,7 Prozent). Aus Sicht der Bewerberinnen und Bewerber hat sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt verschlechtert. Denn zum Stichtag 30. September 2025 hatten rund 84.400 junge Menschen noch keinen Ausbildungsplatz gefunden und hielten ihren Vermittlungswunsch weiterhin aufrecht – ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um knapp 20 Prozent und der höchste Wert seit 2010.

3. Staatliche Anreize für Investitionen können die Beschäftigung steigern

Eine Modellrechnung für das aktuelle Investitionssofortprogramm der Bundesregierung zeigt: Steuerliche Investitionsanreize können Unternehmen zu zusätzlichen Investitionen motivieren und die Beschäftigung nachhaltig steigern. Entscheidend für den Erfolg ist jedoch, dass der zusätzliche Bedarf an Arbeitskräften gedeckt werden kann. Das geht aus einer am 9. Dezember 2025 veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Durch beschleunigte steuerliche Abschreibungen – sogenannte Superabschreibungen – sinken laut IAB die Investitionskosten für Unternehmen im Durchschnitt um rund drei Prozent. Laut der Modellanalyse kann dies deutliche positive Effekte auf Produktion und Beschäftigung auslösen – allerdings nur, wenn freie Stellen auch tatsächlich besetzt werden können. Unter günstigen Bedingungen, insbesondere bei einem ausreichend großen Fachkräfteangebot, wäre laut IAB sogar ein Beschäftigungszuwachs von bis zu acht Prozent möglich.

4. Öffentliche Bildungsausgaben um sieben Prozent gewachsen

2024 stiegen die öffentlichen Bildungsausgaben in Deutschland auf rund 198 Milliarden Euro an, was nominal einem Plus von sieben Prozent gegenüber 2023 und real einem Anstieg von vier Prozent entspricht. Damit wurden pro Kopf etwa 2.400 Euro für Bildung ausgegeben, wobei knapp die Hälfte der Ausgaben den Schulen zugutekam, gefolgt von Kindertagesbetreuung und Hochschulen. Die Ausgaben des Bundes gingen leicht zurück, während Länder und Gemeinden ihre Bildungsausgaben erhöhten. Insgesamt lag der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt bei knapp fünf Prozent. Darüber berichtete das Statistische Bundesamt am 11. Dezember 2025.

5. Mehr Studierende im Wintersemester 2025/26

Im Wintersemester 2025/26 sind nach vorläufigen Daten 2.876.900 Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben – das sind 12.800 mehr als im Vorjahr (plus 0,4 Prozent). Das teilte das Statistische Bundesamt am 28. November 2025 mit. Im Studienjahr 2025 (Sommersemester 2025 und Wintersemester 2025/26) nahmen 491.700 Personen erstmals ein Studium auf, 1.100 mehr als 2024 (plus 0,3 Prozent). Damit steigt die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im vierten Jahr in Folge, wenn auch weniger stark als im Vorjahr.

6. Bevölkerungsvorausberechnung

2035 wird jede vierte Person in Deutschland 67 Jahre oder älter sein. Zu diesem Ergebnis kommen alle Varianten der 16. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, die das Statistische Bundesamt (Destatis) am 11. Dezember 2025 präsentierte. Zum Vergleich: 2024 war jede fünfte Person im Rentenalter ab 67 Jahren. Der Anteil der Personen ab 67 Jahren wird je nach Berechnungsvariante von 20 Prozent 2024 auf 25 bis 27 Prozent 2038 zunehmen. Bereits jetzt kommen laut Destatis auf 100 Personen im Erwerbsalter 33 Personen im Rentenalter. 2070 werden es im günstigsten Fall 43 Personen sein. Im ungünstigsten Fall mit einer dauerhaft niedrigen Geburtenrate und niedriger Nettozuwanderung könnte der Altenquotient sogar auf 61 steigen.

7. 2026 bringt mehr Arbeitstage als 2025

Im bundesweiten Schnitt gibt es im kommenden Jahr 250,5 Arbeitstage – 2,4 mehr als 2025, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am 9. Dezember 2025 mitteilte. Grund dafür ist, dass Feiertage wie der 3. Oktober und der 26. Dezember auf Wochenenden fallen. Mehr Arbeitstage können sich laut Destatis auch auf die Wirtschaftsleistung auswirken: Ein zusätzlicher Arbeitstag erhöht das Bruttoinlandsprodukt im Schnitt um etwa 0,1 Prozentpunkte – je nach Zeitpunkt im Jahr jedoch mit unterschiedlicher Stärke. Der Wert für 2026 ist der höchste seit 2022. Den Rekord hält weiterhin 2004 mit 252,8 Arbeitstagen, während 1991 mit 246,9 Arbeitstagen den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung aufweist.

8. Unternehmensnachfolgen stagnieren trotz demografischem Wandel

Bis 2030 stehen jährlich rund 37.200 Unternehmensübergaben an – insgesamt etwa 186.000 Betriebe in den kommenden fünf Jahren. Das geht aus neuen Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn hervor, die am 1. Dezember 2025 veröffentlicht wurden. Trotz alternder Unternehmerschaft sind das rund 800 Übergaben weniger pro Jahr als im Zeitraum 2022 bis 2026. Grund für die Stagnation ist laut IfM vor allem die schwächere Ertragslage vieler Unternehmen, die Übernahmen für potenzielle Nachfolgerinnen und Nachfolger weniger attraktiv macht. Die meisten Übergaben je 1.000 Unternehmen werden in Niedersachsen (61), Schleswig-Holstein (55) und Bremen (55) erwartet. Deutliche Anstiege gegenüber dem vorherigen Zeitraum

zeigen sich vor allem in Sachsen-Anhalt (53) und Mecklenburg-Vorpommern (54). In Berlin (44) bleibt die Zahl der erwarteten Nachfolgen niedrig.

9. KfW erhöht Förderhöchstbetrag beim Gründerkredit

Die KfW hebt laut Mitteilung vom 1. Dezember 2025 den Förderhöchstbetrag im ERP-Gründerkredit – StartGeld an: Gründerinnen und Gründer können nun bis zu 200.000 Euro Förderung erhalten. Zugleich steigt der maximal mögliche Betrag für Betriebsmittelfinanzierungen von 50.000 auf 80.000 Euro. Der Kredit richtet sich an Gründerinnen und Gründer, Freiberuflerinnen und Freiberufler sowie junge Unternehmen, die nicht älter als fünf Jahre sind. Zur Stärkung des Mittelstands steht der Kredit auch im Rahmen einer Unternehmensnachfolge offen.

10. Mittelständische Unternehmen investieren durchschnittlich 62.000 Euro

Mittelständische Unternehmen gaben 2024 durchschnittlich 62.000 Euro pro Investitionsvorhaben aus. Laut einer am 4. Dezember 2025 veröffentlichten Sonderauswertung des KfW-Mittelstandspanels 2025 setzten investierende Betriebe im Schnitt drei Einzelprojekte um – insgesamt rund 4,9 Millionen Investitionsvorhaben. Größere Projekte bleiben die Ausnahme: Nur rund ein Prozent der Investoren ging großvolumige Vorhaben von durchschnittlich einer Million Euro an.

11. Einigung über vereinfachte Nachhaltigkeitsberichterstattung und Sorgfaltspflichten

Der dänische Ratsvorsitz und die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments erzielten am 9. Dezember 2025 eine vorläufige Einigung über die Vereinfachung der Nachhaltigkeits-berichterstattung und der Sorgfaltspflichten. Dabei geht es um die Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD) und die Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen (Corporate Sustainability Due Diligence Directive, CSDDD). Sie sollen vereinfacht werden, indem der Meldeaufwand verringert und die Übertragung von Verpflichtungen (Trickle-Down-Effekt) auf kleinere Unternehmen begrenzt wird. Die Einigung sieht unter anderem einen engeren Anwendungsbereich sowie verlängerte Umsetzungsfristen und Übergangsphasen vor Die vorläufige Einigung muss nun vom Rat und vom Europäischen Parlament bestätigt werden, bevor sie von beiden förmlich angenommen wird.

12. Eurostat: EU zählt 2024 rund 33,5 Millionen Unternehmen

2024 gab es in der Europäischen Union (EU) rund 33,5 Millionen Unternehmen mit 164,2 Millionen Beschäftigten, die zusammen einen Nettoumsatz von 38,7 Billionen Euro erwirtschafteten. Großunternehmen stellten 0,2 Prozent aller Firmen (55.000), erzeugten über die Hälfte des Nettoumsatzes (51,3 Prozent beziehungsweise 19,9 Billionen Euro) und beschäftigten 36,3 Prozent der Arbeitskräfte (59,7 Millionen). Mittelständische Unternehmen (50 bis 249 Beschäftigte) machten 0,8 Prozent der Unternehmen aus (251.000). Sie vereinten 15,2 Prozent der Beschäftigung (24,9 Millionen) und 17,2 Prozent des Umsatzes (6,6 Billionen Euro) auf sich. Der überwiegende Teil der EU-Unternehmen – 99 Prozent beziehungsweise 33,2 Millionen – waren Kleinst- und Kleinunternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten. Sie stellten 48,5 Prozent der Arbeitsplätze (80 Millionen) und erzielten einen Umsatz von 12,2 Billionen Euro (31,5 Prozent). Diese Zahlen veröffentlichte das statistische Amt der EU am 9. Dezember 2025.

13. The Poetry Project: Bessere Kommunikation durch Poesie

Poesie als Kunstform des Gesellschafts-Dialogs ist in der westlichen Welt weithin vergessen. Auf ihren Reisen in die arabische Welt in Iran und Afghanistan erfuhr die SPIEGEL-Auslandsreporterin Susanne Koelbl – Preisträgerin des MVFP-Pressefreiheitspreises 2025 – jedoch immer wieder die große Kraft der lyrischen Erzählung. Sie macht das scheinbar Unsagbare sagbar und verbindet. Koelbl gründete THE POETRY PROJECT und bittet junge Geflüchtete seit 2015, über ihre Flucht und ihr neues Leben in Europa Auskunft zu geben. Heute tragen die jungen Poeten und Poetinnen ihre autobiografischen Texte überall in der Bundesrepublik öffentlich vor, auf Bühnen, Festivals und in Schulen. Sie erzählen, wie sie vor Bomben übers Meer flohen und inzwischen selbstverständlich im deutschen Arbeitsmarkt als Arzthelferinnen, Juristen, Unternehmensberaterinnen oder Motorradbauer bei BMW gelandet sind. Einen Eindruck der eindringlichen, berührenden Texte gibt es hier. Das innovative Bildungs-Projekt wurde bereits mehrfach ausgezeichnet und wird von Popstar Herbert Grönemeyer unterstützt. Ein Interview dazu gibt es hier. THE POETRY PROJECT sucht noch nach Förderern, eine Möglichkeit zu spenden gibt es hier.